

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **35 (1960)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Förderung des Wohnungsbaues durch private Unternehmungen

Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins führte eine Erhebung durch über die Förderung des Wohnungsbaues durch private Unternehmungen. 15 größere Firmen der Metallindustrie gaben die Zahl der Wohnungen, deren Erstellung 1958 und 1959 von den Fabriken usw. durch Beiträge, verbilligte Kredite, Abgabe von Bauland unter dem Marktpreis und auf andere Weise gefördert wurden, mit 1278 Wohnungen und 134 Einfamilienhäusern an. Für 1960 sind 1129 Wohnungen und 18 Einfamilienhäuser geplant. Die Mietzinse für bereits erstellte Dreizimmerwohnungen betragen monatlich 135 bis 215 Franken, für Vierzimmerwohnungen 150 bis 235 Franken.

In andern Industrien liegen bedeutende Programme vor.

Bau einer Satellitenstadt bei Genf

In Genf wurde mit dem Bau der künftigen Satellitenstadt Meyrin begonnen, für die mit einer Bausumme von 200 Millionen Franken gerechnet wird. Die erste Etappe soll im Frühling 1962 abgeschlossen sein. Sie umfaßt 1805 Wohnungen mit rund 7000 Zimmern. Diese Wohnungen sind für mittlere Einkommensklassen berechnet, wobei im Jahr pro Zimmer eine Miete von 650 bis 750 Franken bezahlt werden muß. Der Kanton leistet keine eigentlichen Wohnbaubsubventionen, doch wurde ein Höchstpreis für den Boden festgelegt. Im Rahmen der zweiten Etappe werden Wohnräume für 16 000 Personen bereitgestellt, also etwa für die Bevölkerung von Nyon, Morges und Rolle zusammen. Die Gebäude sind vier- bis neunstöckig. Sodann wird auch ein Einkaufszentrum erstellt, und eine Filiale der Post, Hotels, Restaurants, ein Kino sowie eine Telephonzentrale werden folgen. Für den Bau der Satellitenstadt Meyrin, die vom Stadtzentrum aus 15 Autominuten entfernt ist und halbwegs zwischen dem Kernforschungszentrum und dem Genfer Flugplatz liegt, haben sich vier Unternehmergruppen zusammengeschlossen. Die erste Gruppe hat mit dem Bau von 624 Wohnungen mit 2600 Zimmern bereits begonnen, die zweite Gruppe nimmt im Verlauf des Sommers den Bau von 500 Wohnungen in Angriff, und Ende Juni wird die dritte Gruppe mit der Konstruktion von 385 weiteren Wohnungen beginnen.

Für die Satellitenstadt müssen große Zufahrtswege gebaut werden. Die Ge-

meinde Meyrin hat ein neues Schulhaus für 70 Klassen zu erstellen, und für die Verbindung Meyrin-Genf müssen 40 Trolleybusse angeschafft werden.

Die Thurgauer Regierung will keine Subventionen für den sozialen Wohnungsbau

Zu einer Volksinitiative der Christlich-sozialen und der Sozialdemokraten, die eine Beteiligung an der Bundesaktion zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues verlangt, verhält sich die Regierung des Kantons Thurgau ablehnend. Die Wohnungsverknappung sei nicht mehr groß, es fehle an Bauarbeitern, und in Arbon, wo der Mangel am längsten anhielt, sei das Angebot durch Wohnbauten der Firma Saurer spürbar vergrößert worden. Ferner macht der Regierungsrat darauf aufmerksam, daß Mieter, die den Anspruch auf eine subventionierte Wohnung heute erfüllen, schon morgen vielleicht die Einkommensgrenze überschreiten würden, die ihnen für das Verbleiben gesetzt wäre, was lästige administrative Umtriebe zur Folge hätte, die sich entsprechend den Subventionsbedingungen über zwanzig Jahre hinziehen würden. Auf jeden Fall ständen die Schereisen in einem Mißverhältnis zu den allfällig wohltuenden Wirkungen, die sich für eine Anzahl Mieter in einem bescheidenen Maße auf Grund der öffentlichen Subventionen ergeben könnten. Der Regierungsrat gibt überdies zu bedenken, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Staatsfinanzen alle Ausgaben vermieden werden sollten, die man nicht als unbedingt notwendig bezeichnen müsse.

Dänemark ergreift Maßnahmen gegen den Aufkauf von Immobilien durch Ausländer

Seit 1957 kaufen Ausländer, vor allem Deutsche, Strandparzellen und Sommerhäuser an der dänischen Küste und auf den dänischen Inseln. Der ansässigen Bevölkerung bleiben immer weniger Flächen für Ferienzwecke verfügbar. Deshalb wurde ein Gesetz erlassen, nach dem künftig natürliche Personen, die nicht im Lande wohnen, und juristische Personen, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, Grundbesitz nur noch mit Genehmigung des Justizministers erwerben können. Keiner Genehmigung bedarf der Kauf durch Ausländer, die mindestens fünf Jahre im Lande gewohnt haben oder bei denen damit zu rechnen ist, daß sie ihren Wohnsitz ständig in Dänemark behalten werden, sowie die Eigentumsübertragung

bei Erbgang oder durch Schenkung an nahe Verwandte. Wird die Genehmigung nicht erteilt, so wird dem Ausländer eine Frist von wenigstens sechs und höchstens zwölf Monaten gesetzt, innert der er das Grundstück wieder verkaufen muß.

Häuser am laufenden Band

In der Sowjetunion ist der Bau einer Wohnhausfabrik mit einer Jahresleistung von 180 Häusern zu je 60 Wohnungen geplant. Montierbare Wohnungen sollen im kontinuierlichen Fließbandverfahren mit zwei Zimmern, Küche und Diele vorgefertigt werden. Die Wohnungen sollen modernen Komfort erhalten.

5000 deutsche Einfamilienhäuser mit schwedischen Installationseinheiten?

Vertreter der schwedischen AB. Skanska Cementgjuteriet in Malmö verhandeln gegenwärtig mit einer Reihe von Industrieunternehmen in Köln und mit der Stadtverwaltung in Bonn wegen der Lieferung von 5000 Installationseinheiten für die gleiche Zahl deutscher Einfamilienhäuser. Die Gesellschaft hat ihre Bereitwilligkeit erklärt, zur Probe 18 solcher Einheiten zu liefern, die als «Hauskern» bezeichnet werden und sich in vielen schwedischen Wohnungsbauten bewährt haben.

Ein solcher «Hauskern» besteht aus einem Baderaum, Klosett, Waschküche, Heizkessel, Warmwasserbehälter und einer vollständig eingerichteten Kleinküche mit Spülbecken, Gas- oder Elektroherd, Wandschränken und einer Stockwerkheizung für feste oder flüssige Brennstoffe. Um diese auf einer Betonplatte montierte Installationseinheit wird das Haus aus den üblichen Baustoffen errichtet. Die in Serienfertigung erzeugten Einheiten sind so gestaltet, daß lediglich noch die Anschlüsse für Wasser und Strom notwendig sind. Der Versand der Einheiten geschieht mit der Eisenbahn oder mit Lastzügen. Sofern es der Gesellschaft gelingt, sich den Auftrag zu sichern, würde er für sie einem Gegenwert von 100 Millionen Schwedenkronen entsprechen.

Keine Altersheime

In Österreich wird vom Bau von Altersheimen Abstand genommen. In Zukunft sollen statt dessen bei neuen Blöcken und Siedlungen je fünf bis acht pro hundert Neuwohnungen für ältere und alleinstehende Personen reserviert werden.